



=====

Sprecherteam des Berliner Wassertischs – Pressemitteilung 26.05.2013
<http://berliner-wassertisch.net>

=====

Ohrfeige für den Regierenden Delegierten sollten Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse kontrollieren

Der SPD-Landesparteitag hat am Samstagabend beschlossen: „Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich für einen konkreten Zeitplan zur Änderung des Betriebegesetzes und zum Rückerwerb der Anteile von Veolia einzusetzen. Die notwendige Kurskorrektur bei der Preisbildung muss von der Feststellung ausgehen, dass »die kalkulatorischen Kosten sowohl absolut als auch relativ überdurchschnittlich hoch sind«. Kalkulatorische Kosten, das sind zum einen der hohe garantierte Zinssatz und zum anderen hohe kalkulatorische Abschreibungen u.a. durch sehr kurze Abschreibungszeiträume und eine »sehr hohe Bewertung des Anlagevermögens« (Bundeskartellamt).“

Die SPD fordert damit, endlich die rechtlichen Grundlagen für die überhöhten Wasserpreise zu ändern. Erst wenn das tatsächlich erfolgt und die völlig überhöhte Rendite im Wasserpreis per Gesetz abgesenkt wird, werden die Wasserpreise in Berlin tatsächlich langfristig sinken.

In den letzten Jahren ermöglichten die im Zusammenhang mit der Privatisierung geschaffenen Rechtsgrundlagen den Eignern der Wasserbetriebe eine jährliche Rendite von ca. 11 % auf das eingesetzte Kapital. Und das, obwohl nicht das geringste wirtschaftliche Risiko besteht, denn alle 3,3 Millionen Berliner unterliegen dem Anschluss und Benutzerzwang. Das holte sogar das Bundeskartellamt auf den Plan. In seiner Preissenkungsverfügung gegen die Berliner Wasserbetriebe von insgesamt 254 Mio. € für die Jahre 2012-2015 stellte es fest, dass die kalkulatorischen Kosten im Wasserpreis sowohl absolut als auch relativ überdurchschnittlich hoch sind.

Das liegt an der hohen Rendite und den ebenfalls hohen kalkulatorischen Kosten für Abschreibungen. Untermuert wird das durch die Daten, die der Senat dem „Sonderausschuss Wasserverträge“ vorlegen musste: Die kalkulatorischen Kosten stiegen von 375 Millionen Euro 1999 auf satte 548 Millionen Euro 2011!

Doch statt daran etwas zu ändern, klagt der Senat als Mehrheitseigner der Wasserbetriebe derzeit vor dem Gericht in Düsseldorf gegen die Zuständigkeit des Bundeskartellamtes. Er sitzt damit auf dem Rücken der Berlinerinnen und Berliner die Zeit aus. Nun verlangt der SPD-Parteitag, dass Schluss ist mit dieser Hinhaltetaktik und der Senat einen konkreten Zeitplan zur Änderung des Berliner Betriebegesetzes vorlegt. Damit fordert die stärkste Partei in Berlin, die den regierenden Bürgermeister stellt, die Regierung auf, endlich auch die gesetzlichen Grundlagen für die missbräuchlich überhöhten Wasserpreise anzugehen. Das ist eine Ohrfeige für den Regierenden.

Wir wissen, dass in der Berliner SPD Beschlüsse von Landesparteitagen eine Halbwertszeit von 24 Stunden haben. Die Parteitagsdelegierten sollten dies umgehend ändern.

Kontakt:

Gerlinde Schermer, Tel. 0177 24 62 983

Gerhard Seyfarth, Tel. 0170 200 49 74

<http://berliner-wassertisch.net>